
INHALT

- | | |
|---|---|
| 23. <i>Förderung für die Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten</i> | 26. <i>Baustellenabfälle – aktuelle Fragen</i> |
| 24. <i>Schulärztliche Untersuchungen und Beitrag des Landes zu den anfallenden Kosten für das Schuljahr 2002/2003</i> | 27. <i>Tiroler Schutzwaldplattform gegründet</i> |
| 25. <i>Kurse für Gemeindebedienstete</i> | 28. <i>Tiroler Contracting-Pool 2003 – Energiesparmodell für die Gemeinden</i>
<i>Verbraucherpreisindex für März 2003 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
-

23.

Förderung für die Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten aus Mitteln des Raumordnungsschwerpunktprogrammes (ROSP) des Landes Tirol

Gegenstand der Förderung:

Förderungen des Landes Tirol für die Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten können im ROSP nur für die Errichtung von solchen Einrichtungen bzw. Anlagen gewährt werden, die für den freien Schilauf erforderlich sind. Es muss sich um unbedingt notwendige Verbesserungsmaßnahmen handeln, die geeignet sind, die Wirtschaftlichkeit des Angebotes wesentlich zu verbessern; jedoch keine Neuerschließungen in sinngemäßer Beachtung der Seilbahngrundsätze des Landes Tirol. Grundvoraussetzung für eine Berücksichtigung im ROSP aber ist, dass die Verbesserungsmaßnahmen des alpinen Schiangebotes im Sinne der Raumordnung und der kommunalen oder der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung getätigt werden.

Förderungsempfänger:

Förderungsempfänger für die Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten können im ROSP nur

Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände sein.

Höhe der Förderung:

Die Höhe der Förderung des Landes Tirol für infrastrukturelle Alpinangebote richtet sich im Rahmen des ROSP nach der kommunalen oder regionalen Bedeutung des Projektes und nach der Notwendigkeit der öffentlichen Finanzierungshilfe.

Allgemeine Bestimmungen:

Die Allgemeinen Bestimmungen zur ROSP-Förderung für infrastrukturelle Alpinangebote sind in der Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol im Einzelnen festgelegt.

Geltungsdauer:

Diese am 1. Jänner 2001 in Kraft getretene Richtlinie des Landes Tirol gilt bis 31. Dezember 2006.

Beiblatt zur Richtlinie für den ROSP-Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“

(Beschluss der Landesregierung vom 15. April 2003)

Die Europäische Kommission hat die um das so genannte „Beiblatt“ erweiterte ROSP-Förderungsrichtlinie „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ mit Schreiben vom 5. März 2003 genehmigt. Neu ist die in Punkt 4 des Beiblattes zur ROSP-Förderungsrichtlinie festgelegte Einbindung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände in die Abwik-

klung dieser erweiterten ROSP-Förderungsrichtlinie.

Das nachfolgend wiedergegebene „Beiblatt“ zur Richtlinie für den ROSP-Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ ist mit dem Datum des Genehmigungsschreibens der Europäischen Kommission, das ist der 5. März 2003, in Kraft getreten und endet am 31. Dezember 2006.

1. Der Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ als Teil des Raumordnungs-Schwerpunktprogrammes (ROSP) des Landes Tirol.

1.1 Das ROSP ist gemäß Art. 1 lit. b der „Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol“ eines der drei Wirtschaftsförderungsprogramme des Landes Tirol. Das ROSP ist in seinen Kernelementen – Förderungsinhalte und Förderungsziele – jeweils mittelfristig ausgerichtet. Für das Generelle Programm 2001–2006 gibt es den Genehmigungsbeschluss des Tiroler Landtages vom 13. Dezember 2000.

1.2 Einer der sechs Förderungsschwerpunkte des Generellen Programmes 2001–2006 umfasst die „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“. Dazu ist in Art. 1 Abs. 4 der „Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol“ festgehalten, dass die Förderung von kommunalen und regionalen Infrastrukturmaßnahmen durch das Land Tirol keine Beihilfe im Sinne des EU-Beihilfenrechtes darstellt, sofern diese Infrastrukturmaßnahmen im Sinne der örtlichen und überörtlichen Raumordnung und der kommunalen oder regionalen wirtschaftlichen Entwicklung getätigt werden, wie dies im ROSP für den Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ überwiegend der Fall ist. Förderungsempfänger sind ausschließlich Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände.

1.3 Der Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ ist gemäß Punkt 7 des Generellen Programmes 2001–2006, das der Europäischen Kommission am 14. Februar 2001 zu den notifizierten Spezialrichtlinien des ROSP im Sinne eines Motivenberichtes des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Kenntnis vorgelegt worden ist, keine zu notifizierende Infrastrukturförderungsmaßnahme des Landes Tirol.

2. Anwendung der Beihilferegeln der EU für den Förderungsschwerpunkt „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“.

2.1 Das Bundeskanzleramt, Sektion IV/Abteilung A 6, hat mit Rundschreiben 2/2002 vom 2. April 2002 auf bestimmte beihilfenrechtliche Förderungsmöglichkeiten, welche durch die Europäische Kommission eröffnet wurden, hingewiesen.

Von der Europäischen Kommission werden für die nächsten fünf Jahre – vom 1. Jänner 2002 bis zum 31. Dezember 2006 – höhere Intensitäten für Beihilfen

zu Seilbahnanlagen in einem jährlich abnehmenden Ausmaß erlaubt.

2.2 Die Europäische Kommission sieht eine befristete Anhebung der nach den geltenden Rechtsvorschriften und Leitlinien zulässigen Beihilfeintensitäten um folgende Sätze vor:

- ein Aufschlag von 25 Prozentpunkten für gewährte Beihilfen in 2002,
- ein Aufschlag von 20 Prozentpunkten für gewährte Beihilfen in 2003,
- ein Aufschlag von 15 Prozentpunkten für gewährte Beihilfen in 2004,
- ein Aufschlag von 10 Prozentpunkten für gewährte Beihilfen in 2005,
- ein Aufschlag von 5 Prozentpunkten für gewährte Beihilfen in 2006.

Bei diesen Aufschlägen handelt es sich jeweils um Brutto-Werte, die sich auf die jeweils förderbaren Projektkosten beziehen.

2.3 Die Möglichkeit dieser Aufschläge besteht damit im Seilbahnsektor zusätzlich zu den Standardregeln, wie sie unter anderem in der Verordnung der Europäischen Kommission über staatliche Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und in den Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung festgelegt sind.

2.4 Anwendungsbereich gemäß dem Rundschreiben 2/2002 des Bundeskanzleramtes:

- Als beihilfefähige Kosten sind im Grunde nur Investitionen in Basisleistungen für die Ausübung des Sports und unmittelbar damit verbundene Leistungen anzusehen. Darunter versteht man beispielsweise Seilbahnanlagen, Schneekanonen, die Wartung der Skipisten, Wartungsfahrzeuge sowie Startkosten für die Vorbereitung von Skipisten. Nicht mit der Basisleistung verbundene Tätigkeiten, wie etwa Investitionen in einen Skiausstattungsverleih oder die Errichtung von Skischulen können für eine Beihilfe nicht in Betracht kommen.
- Im Zusammenhang mit Regionalbeihilfen muss es sich bei Investitionen um Erstinvestitionen handeln, worunter in diesem Fall auch Kapazitätserweiterungen verstanden werden. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass Kapitalzuführungen aus Anlass von investiven Maßnahmen, welche die obigen Bedingungen erfüllen, als kompatibel anzusehen sind.

2.5 Ergänzende Hinweise in dem Rundschreiben 2/2002 des Bundeskanzleramtes zu der beihilfenrechtlichen Prüfung der Europäischen Kommission:

- Anlagen zur Ausübung von Sportaktivitäten: Die Europäische Kommission geht in Zusammenhang mit Seilbahnanlagen davon aus, dass fallweise sportbezogene Anlagen in Gebieten mit wenigen Einrichtungen zur Ausübung von Wintersport und begrenzter Tourismuskapazität für die rein lokale Nutzung bestimmt sein können und dann keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 EG-Vertrag darstellen.
- Staatliche Finanzierung von lokalen Verkehrsinfrastrukturanlagen zur Befriedigung von allgemeinen Beförderungsbedürfnissen: Darunter sind auch Einrichtungen im urbanen Bereich und Einrichtungen für lokale Materialtransporte zu verstehen, die unter Artikel 73 EG-Vertrag fallen, wobei die Anwendung des Artikel 73 in der Regel jedoch nicht geeignet ist, die Problematik im Seilbahnbereich zu regeln.
- Vereinbarkeit nach Artikel 87 EG-Vertrag: Es können in sinnvoller Weise nur Artikel 87 (3) a) und Artikel 87 (3) c) in Betracht gezogen werden, wobei Beihilfen in erster Linie nach den geltenden Regeln vereinbar sein können, basierend auf Artikel 87 (3) c), wie etwa KMU-Beihilfen oder Umstrukturierungsbeihilfen.

3. Abwicklung der bestehenden Förderungsrichtlinie „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ durch die Abteilung Wirtschaftsförderung beim Amt der Tiroler Landesregierung

3.1 Beim Amt der Tiroler Landesregierung ist die Abteilung Wirtschaftsförderung für die Abwicklung des ROSP zuständig. Der Gegenstand der finanziellen Zuwendungen des Landes Tirol für die Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten ist in der bestehenden Förderungsrichtlinie „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ im Einzelnen festgelegt.

3.2 Bei der Abwicklung der Förderungsrichtlinie „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ gelten darüber hinaus die einzelnen Bestimmungen sowohl der „Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol“ als auch des EU-Beihilfenrechts.

3.3 Empfänger der finanziellen Zuwendungen des Landes Tirol für Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten sind ausschließlich Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände. Die Weitergabe der Förderung an die jeweils in Betracht kommende Lift- bzw. Seilbahngesellschaft ist förderungsvertraglich zu regeln.

3.4 Die Höhe der finanziellen Zuwendungen des Landes Tirol für Maßnahmen zur Verbesserung von infra-

strukturellen Alpinangeboten ist in der bestehenden Förderungsrichtlinie nicht beziffert, überschreitet in der jeweiligen Förderungsentscheidung der Tiroler Landesregierung aber nicht die in den Leitlinien für staatliche Beihilfen für KMU und regionaler Zielsetzung festgelegten Standardregeln. Hinzu kommen mögliche Aufschläge, die oben in Z. 2.2 angeführt sind.

3.5 Die finanziellen Zuwendungen des Landes Tirol für Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten, die an Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände gewährt werden, sind in der Regel Einmalzuschüsse, können in Einzelfällen aber auch zinsenlose und kurz- bis mittelfristige Darlehen sein.

4. Einbindung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände in die Abwicklung des ROSP-Förderungsschwerpunktes „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“

4.1 Die Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände werden in die Abwicklung des ROSP-Förderungsschwerpunktes „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ eingebunden. Es gelten für sie die Bestimmungen der ROSP-Förderungsrichtlinie „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ sowie der Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol als auch des EU-Beihilfenrechts in gleicher Weise wie für das Land Tirol.

4.2 Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände können eine Beihilfe dem oben zitierten Rundschreiben 2/2002 des Bundeskanzleramtes zufolge grundsätzlich selbst dann gewähren, wenn dafür keine eigenen Rechtsvorschriften oder Leitlinien als Basis herangezogen werden können, was für Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände nahezu generell zutrifft. Die grundsätzlich geltenden Verfahren (Notifikation einer „Förderungsaktion“ oder Einzelnotifikation an die EK) müssen dennoch eingehalten werden. Der ROSP-Förderungsschwerpunkt „Infrastruktur...“ des Landes enthebt nach Notifikation und Akzeptanz durch die EK die einzelnen Gemeinden von der Notifikation eigener Richtlinien.

4.3 Damit die maximal möglichen Förderintensitäten aber nicht überschritten werden, ist mit dem Beiblatt zur Richtlinie des ROSP-Förderungsschwerpunktes „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ zwingend Vorkehrung dahingehend zu treffen, dass

- die in das Förderpaket jeweils eingebundenen Förderungsgeber Land Tirol, Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände in der Summe ihrer

Förderungen von der Abteilung Wirtschaftsförderung entsprechend erfasst werden und

- die eigenständige Förderung durch die Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände auch dann möglich ist, wenn das Land Tirol gar nicht in das Förderpaket eingebunden ist, was hier mit dem Beiblatt in der Weise vorgekehrt wird, dass die in das Förderungspaket eingebundenen Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände die Höhe bzw. die Summe ihrer Förderungen dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wirtschaftsförderung, für das Monitoring an das Bundeskanzleramt von sich aus mitteilen und dabei die unter Z. 3.4 bereits näher angeführten Bedingungen zu beachten.

4.4 Das Beiblatt zur Richtlinie des ROSP-Förderungsschwerpunktes „Verbesserung von infrastrukturellen Alpinangeboten“ ist im Boten für Tirol und im Merkblatt für die Gemeinden in Tirol bekanntzugeben.

Hinweis für Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände:

Auf die in Punkt 4 des oben wiedergegebenen Beiblattes zur ROSP-Richtlinie festgelegte Einbindung der Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände in die Abwicklung der Richtlinie wird besonders hingewiesen. Die nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung zuständige Abteilung Wirtschaftsförderung hat darauf zu achten, dass die zu einem Projekt von allen Beteiligten gewährte Gesamtförderung nicht die gemäß EU-Beihilfenrecht geltenden Beihilfenintensitäten überschreitet. Sie hat die Förderungen zu erfassen, um der Europäischen Kommission auf dieser Grundlage den jährlich vorzulegenden Förderungsbericht zu erstatten. Die Gemeinden, Gemeindeverbände und Tourismusverbände werden daher gebeten, ihre Förderungen von sich aus und unaufgefordert der Abteilung Wirtschaftsförderung mitzuteilen.

24.

Schulärztliche Untersuchungen und Beitrag des Landes zu den anfallenden Kosten für das Schuljahr 2002/2003

Die jährliche schulärztliche Untersuchung ist für die Gesundheit unserer Jugend von besonderer Bedeutung, sie erfolgt unbürokratisch, ohne Krankenschein und unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Sie dient dazu, allfällige Mängel festzustellen und die Schülerinnen und Schüler einer gezielten Behandlung beim Haus- oder Facharzt zuzuführen. So können Krankheiten, Leiden und Gebrechen möglichst früh erfasst, gemildert oder verhindert werden. Erfreulicherweise entdecken die untersuchenden Ärztinnen und Ärzte jährlich sehr viele pathologische Befunde, welche sonst unerkannt bleiben und in der Zukunft anhaltende Schäden verursachen würden. Die Landessanitätsdirektion für Tirol bittet daher, in Zusammenarbeit mit der Schulleitung für die Durchführung der erforderlichen Untersuchung Sorge zu tragen. Diese Untersuchung kann sowohl von praktischen ÄrztInnen als auch von FachärztInnen für Kinder- und Jugendheilkunde durchgeführt werden. Es handelt sich bei der schulärztlichen Untersuchung um eine wirkungsvolle Vorsorgeuntersuchung in frühem Alter mit einem relativ geringen Kostenaufwand.

Für den schulärztlichen Dienst besonders wichtige Gesetzesstellen sind:

§ 66 Schulunterrichtsgesetz, BGBl.I Nr. 78/2001, Schulärztliche Betreuung und Schulgesundheitspflege

„(1) *Schulärzte haben die Aufgabe, die Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schüler, soweit sie den Unterricht und den Schulbesuch betreffen, zu beraten und die hierfür erforderlichen Untersuchungen der Schüler durchzuführen.*

(2) *Die Schüler sind verpflichtet, sich – abgesehen von einer allfälligen Aufnahmeuntersuchung – einmal im Schuljahr einer schulärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Darüber hinaus sind Untersuchungen mit Zustimmung des Schülers möglich. Sofern bei Untersuchungen gesundheitliche Mängel festgestellt werden, ist der Schüler hievon vom Schularzt in Kenntnis zu setzen.*

(3) *Insoweit bei Lehrerkonferenzen oder Sitzungen des Klassen- und Schulforums bzw. des Schulgemeinschaftsausschusses Angelegenheiten des Gesundheitszustandes von Schülern oder Fragen der Gesundheitserziehung behandelt werden, sind die Schulärzte zur Teilnahme an den*

genannten Konferenzen bzw. Sitzungen mit beratender Stimme einzuladen.“

§ 13 (1) Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 30/1998, Gesundheitsbezogene Maßnahmen bei Suchtgiftmissbrauch

„(1) Ist aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen, dass ein Schüler Suchtgift mißbraucht, so hat ihn der Leiter der Schule einer schulärztlichen Untersuchung zuzuführen. Der schulpsychologische Dienst ist erforderlichenfalls beizuziehen. Ergibt die Untersuchung, dass eine gesundheitsbezogene Maßnahme gemäß § 11(2) notwendig ist und ist diese nicht sichergestellt, oder wird vom Schüler, den Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten die schulärztliche Untersuchung oder die Konsultierung des schulpsychologischen Dienstes verweigert, so hat der Leiter der Schule anstelle einer Strafanzeige davon die Bezirksverwaltungsbehörde als Gesundheitsbehörde zu verständigen. Schulen im Sinne dieser Bestimmungen sind die öffentlichen ... Schulen gemäß Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962,“

Zum Schularzt/Zur Schularztin kann der Sprengelarzt bzw. ein/e andere/r niedergelassene/r Arzt/Ärztin bestellt werden.

Das Land leistet zu den anfallenden Kosten nach § 86 Abs. 2 des Tiroler Schulorganisationsgesetzes, LGBl.

Nr. 84/1991, einen Beitrag. Um diesen Beitrag geltend zu machen, ist es erforderlich, bei der Landessanitätsdirektion einen Antrag einzubringen; hierfür ist ein von der Landessanitätsdirektion entworfenes Formblatt zu verwenden. Auf jeden Fall ist es erforderlich, dem Antrag eine Honorarnote des Arztes mit Zahlungsnachweis anzuschließen.

Höchstbemessungsgrundlage für den Landesbeitrag ist für jede Arbeitsstunde von September bis Dezember 2002 € 47,13 und von Jänner bis Juli 2003 € 48,12.

Die Landessanitätsdirektion weist darauf hin, dass die Anträge ausnahmslos bis 31. Dezember für das jeweils abgelaufene Schuljahr bei sonstigem Anspruchsverlust in der Landessanitätsdirektion eingelangt sein müssen.

Die Landessanitätsdirektion lädt die Gemeinden ein, mit ihrem Schularzt/ihrer Schularztin einmal pro Jahr ein grundsätzliches Gespräch zu führen, um allfällige Probleme zu lösen und Verbesserungen durchzuführen.

Abschließend dankt die Landessanitätsdirektion den Gemeinden, den Schulerhaltern, den Schulleitungen, den LehrerInnen sowie den SchularztInnen für die gute Zusammenarbeit im Interesse der Gesundheit unserer Schuljugend.

Landessanitätsdirektion, Zl. Vc-305/67, vom 16. April 2003

25.

Kurse für Gemeindebedienstete

Grundlehrgang für Gemeindebedienstete

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten beim Amt der Tiroler Landesregierung gibt bekannt, dass im Rahmen des Gemeindeverwaltungsseminars für 2003 wiederum ein Grundlehrgang am Tiroler Bildungsinstitut – Zentrum für Weiterbildung – Grillhof geplant ist. Die heuer geplante Veranstaltung ist erstmals in zwei einwöchige Blöcke mit einer dazwischen liegenden einwöchigen Pause geteilt. Der erste Kursteil beginnt am Montag, den 20. Oktober 2003 und endet am Freitag, den 24. Oktober 2003, der zweite Kursteil beginnt am Montag, den 3. November 2003 und endet am Freitag, den 7. November 2003. Interessenten für diese Veranstaltung werden ersucht, sich unter Verwendung des den Gemeinden in einem gesonderten Schreiben übermittelten Vordruckes bis spätestens 30. Juni 2003 bei der Abteilung Gemeindeangelegenheiten anzumelden. Mündliche Anmeldungen können leider nicht entgegengenommen werden. Eine Teilnahme an nur einem Kursblock ist nicht möglich.

Die Gemeinden werden eingeladen, von diesem Kursangebot regen Gebrauch zu machen. Es sollte insbesondere solchen Bediensteten eine Teilnahme an dieser Veranstaltung ermöglicht werden, die noch keinen Gemeinde-sekretärlehrgang besucht haben.

Vorbereitungskurs auf die Dienstprüfung für Gemeindebedienstete

Der nächste Vorbereitungskurs für die Ablegung der Dienstprüfungen der Verwendungs- (Entlohnungs-)gruppe B/b und C/c wird in der Marktgemeinde Hopfgarten i. Br. stattfinden und voraussichtlich im Oktober 2004 beginnen. Der Kurs findet an einem Tag pro Woche statt und wird ca. bis April 2005 dauern. Der Kurs ist in erster Linie für Bedienstete der Bezirke Kitzbühel, Kufstein und Lienz vorgesehen. Für das Oberland (Bezirke Landeck, Imst und Reutte) ist ein Kurs ab Herbst 2005 in der Bezirkshauptmannschaft Landeck geplant.

26.

Baustellenabfälle – aktuelle Fragen

Baustellenabfälle sind der Abfallart

SN *Bezeichnung*

91206 Baustellenabfälle (kein Bauschutt)

(SN laut ÖNORM S2100, Abfallkatalog, ausgegeben am 1. September 1997) zuzuordnen.

Abfälle dieser Abfallart zählen zu den betrieblichen Abfällen im Sinne des § 2 Abs. 3 Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (TAWG), LGBL. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 3/2002.

Betriebliche Abfälle haben die Betriebsinhaber selbst zur öffentlichen Behandlungsanlage oder öffentlichen Deponie zu verbringen, in deren Entsorgungsbereich der Betrieb liegt. Es gilt daher die Andienungspflicht gemäß § 12 Abs. 1 TAWG. Ergänzend dazu verpflichtet § 6 Tiroler Abfallwirtschaftskonzept, LGBL. Nr. 1/1993, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 13/2000, Betriebe, Abfälle aus Glas, Papier oder Metall, die einer Verwertung ohne unverhältnismäßig hohen Aufwand und Kosten zugeführt werden können, getrennt zu sammeln und zu einer für diese Stoffe geeigneten Verwertungsanlage zu verbringen oder verbringen zu lassen.

Die zur geordneten Entsorgung der im Land anfallenden Abfälle, mit Ausnahme von Inertabfällen und Baurestmassen, erforderlichen öffentlichen Behandlungsanlagen und öffentlichen Deponien hat die Landesregierung in dem als Raumordnungsprogramm geltenden Tiroler Abfallwirtschaftskonzept festzulegen.

Bislang erfolgte im Tiroler Abfallwirtschaftskonzept die Festlegung verschiedener öffentlicher Deponien sowie der öffentlichen Behandlungsanlage der Thöni Industriebetriebe GmbH in Kufstein für namentlich genannte Gemeinden des Bezirkes Kufstein.

Eine Zusammenschau der einzelnen Bestimmungen des TAWG ergibt eindeutig, dass die im Bundesland Tirol anfallenden Abfälle grundsätzlich zwecks Entsorgung zu den öffentlichen Deponien zu verbringen sind. Sonderregelungen bestehen nur für bestimmte Ge-

meinden des Bezirkes Kufstein, die ihren Hausmüll zur öffentlichen Behandlungsanlage der Thöni Industriebetriebe GmbH zu verbringen haben, sowie für die Gemeinden des Bezirkes Reutte. Letzteren gestattet das Tiroler Abfallwirtschaftskonzept die Verbringung nach Deutschland zwecks thermischer Behandlung.

Eine Ausnahme besteht nur für (sortenreine) verwertbare betriebliche Abfälle, Inertabfälle und Baurestmassen. Für sie gilt nicht die Zuordnung zu den festgelegten Entsorgungsbereichen. Die Sortierung ist als Behandlung zu qualifizieren.

Hausmüll, aber auch betriebliche Abfälle dürfen daher nur dann zu einer Sortieranlage gebracht werden, wenn es sich bei ihr um eine öffentliche Behandlungsanlage handelt. Deren Standort muss daher samt Entsorgungsbereich im Tiroler Abfallwirtschaftskonzept festgelegt werden. Eine als öffentliche Behandlungsanlage zu qualifizierende Sortieranlage existiert im Bundesland Tirol nicht. Das Verbringen von Hausmüll zu einer Sortieranlage widerspricht daher dem TAWG in Verbindung mit dem Tiroler Abfallwirtschaftskonzept.

Unter dem Gesichtspunkt des TAWG sind Sortieranlagen nur im Hinblick auf sortenreine verwertbare betriebliche Abfälle, Inertabfälle und Baurestmassen zulässig. Solche Abfälle müssen bereits vor Verbringung zur Sortieranlage von sonstigen Abfällen getrennt werden (vgl. § 6 Tiroler Abfallwirtschaftskonzept). Eine Verbringung von betrieblichen Abfällen zu einer Sortieranlage, um sie nach Wertstoffen und sonstigen betrieblichen Abfällen zu trennen, widerspricht daher dem TAWG.

Entsprechend den obigen Ausführungen sind Abfälle der Abfallart „Baustellenabfälle (kein Bauschutt)“ zu der im Tiroler Abfallwirtschaftskonzept festgelegten öffentlichen Deponie oder öffentlichen Behandlungsanlage zu verbringen.

Abteilung Umweltschutz
Zahl U-3000/362 vom 18. März 2003

27.

Tiroler Schutzwaldplattform gegründet Eine starke Allianz zur Sicherung des Lebensraumes

Mehr als 500 Waldbesitzer, Bürgermeister, Forstleute, Jäger und Waldinteressierte gründeten am 24. März 2003 in Innsbruck/Igls die „Schutzwaldplattform Tirol“. Mit diesem Bündnis für den Schutzwald wird ein kräftiges Zeichen für die Schutzwaldarbeit in Tirol gesetzt.

Rund 20 Institutionen bekannten sich zu einem verstärkten Engagement für den Tiroler Schutzwald. Neben den Waldbesitzern, Gemeinden, Jägern, Ämtern, Kammern engagieren sich auch Vertreter von Bahn, Straße, Tourismus, TIWAG und Alpenverein in der „Schutzwaldplattform Tirol“.

Der Schutzwald geht uns alle an

„Ohne funktionstüchtigen Schutzwald gibt es nicht ausreichend Lebens- und Wirtschaftsraum in Tirol.“ betonte LH.-Stv. Eberle in seiner Eröffnungssprache.

Unter das Motto „Der Schutzwald geht uns alle an – nicht nur die Forstleute“ stellte Forstdirektor Kammerlander seine Aussagen und forderte von allen Partnern der Schutzwaldplattform neben Bekenntnissen auch Taten.

In zahlreichen Statements wurde der Wert des Schutzwaldes für die beteiligten Institutionen dargelegt.

Mehrfach wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit von Ämtern, Gemeinden, Waldbesitzern und Interessensverbänden betont.

„Ein funktionstüchtiger Schutzwald bewahrt durch die Sicherung seines eigenen Standortes auch benach-

barte Siedlungen und Verkehrswege vor Naturgefahren. In der Vorsorge für einen sicheren Lebensraum und in der Abhaltung nachteiliger Umwelteinflüsse treffen sich die Ziele der Forstwirtschaft und der Raumordnung.“ betonte HR Mag. Franz Rauter von der Abteilung Raumordnung.

Unser Schutzwald – DIE Lebensversicherung gegen Naturgefahren

„Langfristig ist ein gesunder Schutzwald die beste und kostengünstigste Lebensversicherung gegen Naturgefahren.“ stellte Bgm. Jochl Grießer aus der Beispielsgemeinde Ötz fest. Für diese Gemeinde wurde beispielhaft eine Informationsmappe/CD mit dem Titel „Unser Schutzwald“ vorgestellt. Mit Hilfe dieser Medien sollen das Wissen über den Wert ihres Schutzwaldes erweitert und das Bewusstsein der Gemeindebürger für seine still erbrachten Leistungen gestärkt werden.

Für 2003 ist eine maßgeschneiderte Informationskampagne in den Schutzwaldgemeinden Tirols geplant. Parallel dazu wird die Idee der Schutzwaldplattform auf Bezirks- und Gemeindeebene transportiert, um lokale Allianzen zu schmieden. Dies dient vor allem dazu, die unterschiedlichen Ansprüche an den Schutzwald auf lokaler Ebene auszugleichen.

Nähere Informationen unter www.tirol.gv.at/Schutzwaldplattform oder k.ziegner@tirol.gv.at

Kurt Ziegner und Gerhard Müller, Landesforstdirektion Tirol

28.

Tiroler Contracting-Pool 2003 – Energiesparmodell für Gemeinden

Energiesparende Sanierungen ohne Investitionskosten für die Gemeinden – am neuen Contracting-Pool kann jetzt jede Tiroler Gemeinde teilnehmen. Energie Tirol koordiniert die Ausschreibung.

„Die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt waren so positiv, dass wir jetzt einen zweiten Pool anbieten“, berichtet Rainer Krismer von Energie Tirol. Im letzten Jahr hatten sich die Gemeinden Hall, Jochberg, Pfunds, Prägraten und Schwendau, zum ersten Tiroler Energiespar-Pool zusammengeschlossen und Modernisierungen wie neue Pelletsheizungen, Sanierungsmaßnahmen

an Schulgebäuden oder die Umstellung von Straßenbeleuchtungen in Angriff genommen. Das Ergebnis der gemeinsamen Vorgangsweise: 30 Prozent Energieeinsparungen bei den sanierten Objekten oder 78.000 Euro weniger Energiekosten im Jahr. Und das ohne eigenen Kapitalaufwand für die Gemeinden!

Contracting ist ein Finanzierungsmodell, bei dem keine Investitionskosten für den Auftraggeber entstehen. Dazu werden Verträge mit dem bestbietenden Privatunternehmer abgeschlossen, der die Sanierungsmaßnahmen vorfinanziert und durchführt. Das Privat-

unternehmen erhält dann über eine vereinbarte Zeitdauer die Energieeinsparungen und finanziert daraus die Sanierungen. Neu dabei und für die Gemeinden von besonderem Vorteil ist die Poolbildung: Die zu sanierenden Objekte werden in einen gemeinsamen Pool eingebracht und dann ausgeschrieben. Dadurch können sich jetzt auch Gemeinden mit geringerem Energiebedarf beteiligen und die Vorteile nutzen. Bisher rechnete sich das Finanzierungsmodell nämlich nur bei großen Energieverbrauchern.

„Es geht hier um ein zukunftsweisendes Modell, das den Gemeinden Modernisierungen ohne eigenen Kapitalaufwand ermöglicht, den Energie-Verbrauch reduziert und damit die Umwelt schont. Ich bin besonders stolz darauf, dass sich hier fünf Tiroler Gemeinden zum

bedeutendsten Modellprojekt in Österreich zusammengeschlossen haben und damit eine absolute Vorreiter-Rolle übernehmen,“ lobt LR Konrad Streiter und fordert die Gemeinden zu reger Teilnahme auf, denn: „Contracting macht Modernisierungen und Umweltschutz auch in Zeiten von angespannten Budgets möglich.“

Contracting bringe aber nicht nur Vorteile für die Umwelt, auch die heimische Wirtschaft profitiere von den Investitionsmaßnahmen: Der erste Pool löste ein Investitionsvolumen von insgesamt 600.000 Euro aus.

Kontaktadresse für interessierte

Gemeinden bzw. Unternehmen: Energie Tirol,
Mag. Rainer Krismer,
Tel. 0512/589913-13

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MÄRZ 2003 (vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2003 (endgültig)	März 2003 (vorläufig)		Februar 2003 (endgültig)	März 2003 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000			Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	105,5	105,8	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	504,6	506,0
Index der Verbraucherpreise 96			Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	111,0	111,3	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	506,2	507,6
Index der Verbraucherpreise 86					
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	145,2	145,6			
Index der Verbraucherpreise 76					
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	225,7	226,3			
Index der Verbraucherpreise 66					
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	396,0	397,2			

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat März 2003 beträgt 105,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber Februar 2003 (105,5 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (Februar 2003 gegenüber Jänner 2003: +0,1%). Die Steigerungsrate gegenüber März 2002 beträgt 1,8% (Februar 2003/2002: +1,7%).

Erscheinungsort Innsbruck Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck